



NEWSLETTER

NORD|SÜD *news* III/2017



Foto: Public Services International/flickr, CC BY-NC 2.0

Problem Energieversorgung in Afrika: Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes in Ghana protestieren gegen die Preiserhöhungen

Transformation Afrika: Was entscheidend ist

„Es ist wichtig, Alternativen zu präsentieren“

Afrika – der Plan: Afrika ist weltpolitisch nur ein Thema, wenn Ärger droht – etwa zunehmende Migration. Aber wie hilft man den Menschen, sich vor Ort eine Zukunft aufzubauen? ITUC-Afrika-Generalsekretär Kwasi Adu Amankwah über die gewerkschaftlichen Herausforderungen und die Rolle von Decent Work-Programmen:

Nord|Süd news: Ob beim G20-Gipfel oder in Brüssel bei der EU: Derzeit dreht sich afrikapolitisch alles darum, privates Investment auf den Kontinent zu holen. Ist das der richtige Weg?

Kwasi Adu Amankwah: Die kritische Frage ist, in welche Bereiche diese Investitionen gehen.

Investitionen aus dem Ausland sind meist auf die Rohstoffindustrie ausgerichtet – etwa auf Mineralien und Öl. Das meiste davon geht unverarbeitet raus aus den Ländern. Investitionen sollten die Verarbeitung von Rohstoffen innerhalb Afrikas unterstützen.

Labour 20, die Vertretung der Gewerkschaften aus den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern, begrüßt, dass Afrika auf dem Gipfel so viel Aufmerksamkeit bekommen hat. Aber sie betont auch, dass das eigentliche Ziel sein müsse, das Leben der Menschen in Afrika zu verbessern, und nicht, den Profit der Konzerne zu erhöhen. Wo haben denn bislang nur die Konzerne gewonnen?

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Transformation Afrika

- | Was entscheidend ist: „Es ist wichtig, Alternativen zu präsentieren“ S. 1f
 - | Bausektor: „Wir müssen in die chinesischen Multis rein!“ S. 3
 - | Landwirtschaft: Mehr Glück mit Schokolade S. 4
 - | Energiesektor: Energie für Jobs auf dem Land S. 5
 - | Informelle Arbeit: Eine Stimme für die 90 Prozent S. 6
 - | Gewerkschaften kooperieren: „Dialog auf Augenhöhe“ S. 7
- In Kürze
- | DGB und BMZ Hand in Hand; Zehnter World Day for Decent Work; Nafta-Abkommen reloaded; Wieder Tote auf WM-Baustellen; Schlüsselfrage Kinderbetreuung S. 8

Fortsetzung von Seite 1

Angola ist das hervorstechendste Beispiel. Das Land hatte zweistellige Wachstumsraten, aber dieses Wachstum kam nicht der Mehrheit der Angolaner zugute. Das erleben wir in Afrika oft: Wir haben dieses Rekord-Wachstum, aber trotzdem ist Ungleichheit ein Merkmal des Kontinents geblieben. Fast jeder zweite Mensch hier lebt unterhalb der Armutsgrenze von 1,25 US-Dollar pro Tag.

Was kann diese Armut besser beheben: private Direktinvestitionen oder öffentliche Entwicklungshilfe?

Direktinvestitionen tragen dazu bei, vor Ort zu empowern – also die Menschen zu befähigen, selbst etwas zu machen. Besonders wenn sie nicht hauptsächlich darauf ausgerichtet sind, Rohstoffe und kaum verarbeitete Produkte zu exportieren und die Gewinne in die Konzernzentralen rückzuführen. Klassische Entwicklungshilfe ist wertvoll. Aber sie ist einfach nicht dauerhaft zu leisten. Deshalb ist es letztlich besser für Leute, bestärkt und dabei unterstützt zu werden, die Fähigkeit und die Kapazitäten zu entwickeln, Dinge zu organisieren.

Laut dem Internationalen Währungsfonds braucht Afrika jedes Jahr 20 Millionen neue Jobs. Wie können die Staaten das schaffen?

Mit der Herstellung von Waren, also der Weiterverarbeitung von Rohmaterialien. Dafür brauchen wir aber Infrastruktur. Vor allem Strom. Da haben wir ein großes Defizit. Es gibt viele Kleinunternehmer, deren Produktivität wegen unzureichender Energieversorgung untergraben wird. Und natürlich sind auch Investitionen in die Ausbildung und den Gesundheitsbereich wichtig – aber das sollten dann öffentliche Gelder sein. Also: Wenn wir über neue Jobs sprechen, geht es nicht nur um Unternehmen, sondern auch um den öffentlichen Sektor.

Was ist dabei die größte Herausforderung für die Gewerkschaften?

Afrikanische Staaten sind sehr divers. In manchen Ländern wird die Existenzberechtigung von Gewerkschaften infrage gestellt. Manchmal gibt es das Recht auf die Bildung einer Gewerkschaft, aber das gilt dann im öffentlichen Sektor nur eingeschränkt.

Welche Länder sind das?

Äthiopien zum Beispiel. Dort bestehen Schwierigkeiten mit der Bildung von Gewerkschaften. Oder nehmen Sie ein Land wie Swasiland: Die Daseinsberechtigung von Gewerkschaften wird immerzu angefochten. Eine Herausforderung auf dem ganzen Kontinent sind die niedrigen



Foto: Ollivier Girard/CIFOR/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Golderzzerkleinerung in Burkina Faso: Das Edelmetall gehört zu den wichtigsten Exportprodukten

Löhne. Außerdem erschwert es der riesige informelle Sektor den Gewerkschaften, sich zu organisieren. Und in manchen Ländern ist die Fragmentierung von Gewerkschaften ein Problem.

Wieso?

Wir müssen unsere Mitglieder ausbilden und mit dem richtigen Handwerkszeug ausrüsten. Ist man mit einer Politik nicht einverstanden, reicht es nicht aus zu widersprechen. Es ist wichtig, Alternativen zu präsentieren und dafür Menschen mobilisieren zu können.

Was sind die größten Probleme der Erwerbstätigen?

Für viele ist die Sicherheit ein reales Problem. Etwa in manchen Ländern Westafrikas – in Nigeria, Niger, Tschad, Kamerun –, wo die politische Lage instabil ist oder es extremistische Übergriffe gibt. Die soziale Absicherung ist außerdem sehr eingeschränkt. Nur etwa 10 Prozent der Afrikanerinnen und Afrikaner haben überhaupt Zugang zu sozialer Sicherung. Und wenn wir die ganze Decent Work-Agenda nehmen...

... das Programm der Internationalen Arbeitsorganisation ILO für menschenwürdige Arbeit...

...dann sind wir bei allen Elementen des Programms noch nicht so weit, wie wir uns wünschen würden – ob es die Rechte am Arbeitsplatz sind oder der soziale Dialog oder die soziale Sicherheit.

Die ILO unterstützt die Staaten mit Decent Work-Länderprogrammen. Was bringen die?

ITUC-Africa hat bislang keine Auswertung gemacht, deshalb ist es schwierig, endgültige Statements über ihren Fortschritt zu machen. Außerdem laufen sie noch. Bedenkt man allerdings, wie begrenzt ihr Budget ist und wie groß das Ausmaß der Defizite im Bereich Decent Work, können die Decent Work-Länderprogramme der ILO nur eine begrenzte Wirkung haben.

In Afrika gibt es laut ILO 3,7 Millionen Menschen, die Zwangsarbeit leisten, und 59 Millionen Kinder zwischen 5 und 17 Jahren, die arbeiten müssen. Deuten diese Zahlen darauf hin, dass der Kampf für menschenwürdige Arbeit gerade scheitert?

Das denke ich nicht. Es ist ziemlich wahrscheinlich, dass die Situation ohne die Decent Work-Programme schlimmer wäre. Um Kinderarbeit abzuschaffen, bräuchte es eine komplette Reorganisation der Wirtschaft, Familien müssten endlich über der Armutsgrenze leben, Kinder zur Schule gehen können. Dafür bräuchte man viel umfassendere Programme.

In welchen Arbeitsfeldern ist es am schwersten, Decent Work durchzusetzen?

Oft sind es das Baugewerbe, die Saisonarbeit oder die Landwirtschaft. In diesen Sektoren ist der Anteil angelernter Arbeitskräfte sehr hoch, ich würde nicht sagen, dass sie keinerlei Ausbildung haben – aber sie sind verwundbar. Außerdem haben Arbeitende im Bausektor oft nur Verträge für eine kurze Zeitspanne. Und nur wer einen Arbeitsplatz einigermaßen sicher hat, kann verhandeln. Diese Bedingungen machen es schwerer, sich als Gewerkschaft zu organisieren. Und in der Landwirtschaft kommt hinzu, dass es in vielen Ländern eher viele kleinere Betriebe gibt als industrielle Landwirtschaft.

Macht es einen Unterschied, woher die Investitionen kommen? Besonders China hat zuletzt viel in die Infrastruktur afrikanischer Staaten investiert.

Vor ein paar Jahren haben wir eine Studie zu chinesischen Investitionen in verschiedenen Ländern gemacht. Da haben wir gemerkt, dass die Unternehmen sich nicht unbedingt an Arbeitsstandards halten, wenn man ihnen freie Hand lässt. Aber: Das gilt nicht nur für chinesische Firmen, sondern für die meisten Investoren.

Das Interview mit Kwasi Adu Amankwah führte Eva Oer.

 Eva Oer ist Journalistin und schreibt über Entwicklungspolitik.

 Kwasi Adu Amankwah ist seit 2007 Generalsekretär der Regionalorganisation Afrika des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB/ITUC. Er ist seit mehr als 25 Jahren in der Gewerkschaftsbewegung aktiv, davon war er sieben Jahre lang Generalsekretär des Ghana Trades Union Congress.



Foto: © privat



„Wir müssen in die chinesischen Multis rein!“

Trotz großer Herausforderungen und Hindernisse haben die Partnergewerkschaften des globalen Gewerkschaftsbundes Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI) in Subsahara-Afrika wichtige Fortschritte dabei gemacht, neue Bereiche des Arbeitsmarktes und der BHI-Branchen gewerkschaftlich zu organisieren.

Boom des Infrastrukturausbaus in Subsahara-Afrika zu dieser Zeit wurde ein neuer Big Player des Kontinents deutlich: chinesische multinationale Unternehmen. Der globale Wettlauf um Ressourcen und die internationale Ausrichtung der wirtschaftlichen und politischen Supermacht China hat enorme Auswirkungen auf die BHI-Branchen. So stellte sich die chinesi-



Foto: jbdadame/flickr, CC BY-NC 2.0

Chinesische multinationale Unternehmen dominieren mittlerweile den afrikanischen Bausektor – Straßenbau in Gabun

Die Umsetzung der Strategie des BHI, die afrikanischen Gewerkschaften zu transformieren, hat einen neuen Schub bekommen, als der BHI und seine afrikanischen Mitgliedsgewerkschaften 2007 die Kampagne „Decent Work Towards and Beyond World Cup 2010“ (Würdige Arbeit für die Weltmeisterschaft 2010 und danach) starteten. Die Kampagne zielte darauf ab, die Arbeiter_innen zu organisieren, die die Stadien und andere Infrastruktur für die FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2010 in Südafrika bauten. Die dadurch neugewonnenen 27.000 Mitglieder haben auch die anderen Gewerkschaften der Region dazu inspiriert, Infrastruktur- und Großprojekte zu organisieren und somit den Schutz der Arbeiter_innen durch Gewerkschaften zu verbessern.

Im Jahre 2011 waren die Gewerkschaften dann auf der Suche nach ihrer „neuen Weltmeisterschaftskampagne“ – nach einem Arbeitsfeld, das die gewerkschaftliche Repräsentation in ganz Afrika stärken – und das die Strategie des BHI, eine innovative Gewerkschaftsarbeit voran zu treiben, umsetzen kann. Durch den

sche Dominanz im Bausektor in den meisten afrikanischen Ländern für BHI-Afrika als „die neue Weltmeisterschaftskampagne“ heraus.

Durch den Bau von Dämmen und Bergwerken, Investitionen in Eisenbahnlinien und die Finanzierung von Regierungsbehörden schaffen chinesische multinationale Unternehmen zwar Arbeitsplätze, sie missachten dabei aber nationale Arbeits- und Gesundheitsschutzvorschriften und verletzen grundlegende internationale Arbeitsstandards. Es dauerte nicht lange, bis Gewerkschaften in den Unternehmen dagegen mobil machten und eine Vielzahl von Arbeitskämpfen ausbrach.

Ende 2016 hatten die BHI-Gewerkschaften bereits 30.200 neue Mitglieder in 137 chinesischen multinationalen Unternehmen, 74 Betriebsgewerkschaften hatten Tarifabkommen unterzeichnet und 66 Streiks waren durchgeführt worden. In Kenia hat die Bau-Gewerkschaft mit fünf Unternehmen Abkommen unterzeichnet, die auf die Mängel menschenwürdiger Arbeit abzielen, mit Kapiteln zu Ar-

„Chinesische multinationale Unternehmen schaffen zwar Arbeitsplätze in Afrika, missachten dabei aber nationale Arbeits- und Gesundheitsschutzvorschriften.“

beitsrechten, Gesundheitsschutz und sozialer Sicherheit. Unter anderem haben sie sogar das Nairobi-Mombasa Eisenbahnprojekt mit etwa 10.000 Arbeiter_innen organisiert. In Uganda erkannte SINOHYDRO – eines der größten chinesischen multinationalen Unternehmen – die Mitgliedsgewerkschaft an. Darüberhinaus schloss diese mit zwei weiteren Unternehmen gewerkschaftliche Abkommen. In Tansania rekrutierte die dortige Gewerkschaft 857 neue Mitglieder in chinesischen multinationalen Unternehmen und unterschrieb drei Abkommen.

Diese großartige Arbeit hat nicht nur andere afrikanische Gewerkschaften motiviert, sondern wurde auch als globale Strategie für BHI übernommen. So haben auch Partnergewerkschaften in Pakistan, Indien, Montenegro und Mazedonien begonnen, Betriebsgewerkschaften in chinesischen multinationalen Unternehmen aufzubauen.

China ist mit seinen multinationalen Bauunternehmen zur Supermacht der Baubranche aufgestiegen. So haben die BHI-Gewerkschaften, mit innovativen Ansätzen zur Erneuerung, die Führung übernommen, Arbeiter_innen dieses wichtigen Arbeitgebers zu organisieren und gleichzeitig die Gewerkschaften zu stärken.

Crecentia Mofokeng



Foto: © ILO ACTRAY

Die Autorin ist die Regionalvertreterin für Afrika und den mittleren Osten des globalen Gewerkschaftsbundes BHI und unter anderem verantwortlich für die Entwicklung von Gewerkschaften.



BWI
Building and Wood
Workers' International
www.bwint.org



Mehr Glück mit Schokolade

Die Preise für Kakao brechen ein. Das verschlechtert die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen, auf denen rund 200.000 Kinder schuften. Die ersten Bäuerinnen und Bauern kämpfen nun in Kooperativen und Gewerkschaften – für fairen Lohn und gegen Kinderarbeit.

Die Preise für Kakao in der Elfenbeinküste haben einen neuen Tiefststand erreicht. Seit April zahlt die ivoirische Regierung den Bäuerinnen und Bauern rund 30 Prozent weniger für ein Kilo Bohnen. Grund dafür ist die Auflösung spekulativer langfristiger Warentermingeschäfte. Mehr Ware ist auf dem Markt und der Preis fällt drastisch. Darauf haben die Behörden reagiert. Auch in Ghana könnte der Kakaopreis in wenigen Wochen sinken, wenn die Regierung den neuen Festpreis für die Landwirte festlegt.

Was die Süßwarenindustrie in Europa freut, verschlechtert die Lebensbedingungen der Bäuerinnen und Bauern in den Anbaugebieten. Das Einkommen ist ohnehin gering. Im Schnitt stehen den Kakaobäuerinnen und -bauern pro Tag zwischen 50 und 80 Cent zur Verfügung – das ist weniger als eine Tafel Schokolade hierzulande kostet. Mit dem Preissturz sinkt der Verdienst einmal mehr. Das hat drastische Folgen.

Kakaoanbau ist weitgehend Handarbeit. Von den Setzlingen über die Pflege der Pflanzen bis zur Ernte ist harte körperliche Arbeit gefordert. Damit der notwendige Ertrag erreicht wird, müssen nicht nur die Erwachsenen aufs Feld. „Auf vielen Großplantagen arbeiten Kinder bereits ab sechs Jahren“, sagt Antje Ruhmann von der Hilfsorganisation terre des hommes. Die Arbeitstage sind lang. Die Kinder tragen schwere Lasten, sind Chemikalien ausgesetzt. Für die Schule bleibt kaum oder gar keine Zeit. Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge arbeiten weltweit rund 200.000 Kinder auf den Plantagen.

„Auf vielen Kakaoplantagen in der Elfenbeinküste arbeiten Kinder bereits ab sechs Jahren.“ Sie tragen schwere Lasten, sind Chemikalien ausgesetzt. Für die Schule bleibt kaum oder gar keine Zeit.

Die Elfenbeinküste ist der weltgrößte Kakao-Produzent. Rund zwei Drittel der Bevölkerung leben vom Verkauf der Bohnen. Ähnlich sieht es im Nachbarland Ghana aus. Vielen Bäuerinnen und Bauern gehören die Kakaofelder, andere sind als Erntehelfer_innen bei Großgrundbe-



„Leider gibt es oft sowohl aus der Wirtschaft wie auch von politischer Seite wenig Hilfe.“ – Kakaoproduktion in der Elfenbeinküste

sitzer_innen angestellt. Im Kampf gegen den Preisdruck und für bessere Arbeitsbedingungen versuchen sich einige Bäuerinnen und Bauern zu organisieren.

In der Elfenbeinküste sind Kooperativen auf dem Vormarsch. Ein Beispiel ist die COOPAEB, die Coopérative Agricole Espoir de Brindoukro (COOPAEB). Ihr gehören mehr als 250 Bäuerinnen und Bauern an. Seit 2014 ist die Initiative sogar Fairtrade-zertifiziert. Die Kleinbäuerinnen und -bauern erhalten einen Mindestpreis für die Bohnen. Über die zusätzlichen Einnahmen durch Prämien für den fairen Anbau können beispielsweise Bildungsprojekte finanziert werden. Um sich vor Pestiziden zu schützen, kaufen und teilen die Mitglieder der Kooperative Schutzkleidung.

In Ghana organisieren sich die Plantagenarbeiter_innen verstärkt über Gewerkschaften. Die GAWU, die General Agricultural Workers' Union, setzt sich vor allem gegen Kinderarbeit auf den Plantagen ein. Leider bisher nur mit geringem Erfolg, obwohl Ghana, wie auch die Elfenbeinküste, die ILO-Konvention unterschrieben hat, um Kinder vor Ausbeutung und harter Arbeit zu schützen. Die Eltern brauchen schlichtweg die Arbeitskraft ihrer Kinder. Aber es macht einen enormen Unterschied, ob die Kinder nur in den Schulferien einspringen oder als dauerhafte Erntehelfer_innen eingeplant

sind. Das versucht die Gewerkschaft, den Bäuerinnen und Bauern klarzumachen.

Die Arbeit der Initiativen ist mühselig und braucht Unterstützung. Schätzungen zufolge sind in den afrikanischen Staaten bisher nur zwischen 20 und 30 Prozent der Kakaobäuerinnen und -bauern in Kooperativen oder Gewerkschaften organisiert. „Die Mehrheit arbeitet allein“, sagt Evelyn Bahn von der Entwicklungsorganisation Inkota. „Es bleibt eine große Herausforderung, diese Menschen zu

erreichen, vor allem, wenn sie in abgelegenen Regionen leben.“

Um die Lage der Bäuerinnen und Bauern vor Ort zu verbessern, hat die Bundesregierung das Forum „Nachhaltiger Kakao“ gemeinsam mit Verbänden, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen initiiert. Die Mitglieder verpflichten sich für mehr Transparenz und bessere Arbeits- und Umweltbedingungen entlang der Lieferkette zu sorgen. Für die Kinderrechtsexpertin Ruhmann ist das Forum ein erster Schritt. Für effektiver hält sie gesetzliche Vorgaben, die Unternehmen zum Umdenken zwingen.

„Der wirtschaftliche Druck auf die Familien muss nachlassen“, sagt Ruhmann. „Nur so sind die Eltern nicht mehr gezwungen, ihre Kinder auf die Felder zu schicken.“ Die meisten würden ihren Nachwuchs ohnehin lieber in der Schule sehen als bei der schweren Arbeit. Laut Ruhmann haben Kooperativen und Gewerkschaften eine entscheidende Rolle, um für höhere Löhne und mehr Gesundheitsschutz vor Ort zu sorgen. „Leider gibt es oftmals sowohl aus der Wirtschaft wie auch von politischer Seite wenig Hilfe“, sagt die Kinderrechtsexpertin.

Tanja Tricarico



Die Autorin ist Journalistin und beschäftigt sich seit Jahren mit Entwicklungspolitik.



Energie für Jobs auf dem Land

Der Schneiderin, dem Schweißer, dem Ladenbesitzer in den Dörfern Afrikas fehlt es an Strom. In Uganda sollen Energiegenossenschaften Abhilfe schaffen. Doch der Erfolg ist fraglich.

Wenn abends in Afrika die Sonne untergeht, sitzen die meisten Menschen auf dem Land in den Dörfern noch immer fast im Dunkeln – Kerzen, Paraffinlampen und Solarleuchten dienen als Lichtquellen. Aus dem Flugzeug heraus ist die ungleiche Verteilung der Energie sichtbar: Nur die Städte sind beleuchtet. Der Ausbau der Stromleitungen in die ländliche Peripherie geht nur langsam voran, teuer ist er allemal. Uganda zählt zu einem der führenden Länder Afrikas, die diesem Dilemma mithilfe von Energie-Kooperativen begegnen wollen.

Der Grund: 2011 kam es in der Hauptstadt Kampala zu Aufständen, die durch permanente Stromausfälle angeheizt wurden. Die Mittelschicht ist dort so schnell gewachsen, dass der Staat nicht mehr hinterherkam, den täglichen Energiebedarf in der Stadt mit mittlerweile zwei



Foto: Book Aid International / flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Lesefreude nur tagsüber: Kinder in einer Dorfbibliothek in Uganda, wo auf dem Lande vielerorts noch immer der Strom fehlt

Millionen Einwohnern im Herzen des Landes zu decken. Seither hat die Regierung unter dem seit über 30 Jahren amtierenden Präsidenten Yoweri Museveni enorme Anstrengungen und Investitionen getätigt, die Stromerzeugung zu erhöhen – auch, um dem 72-jährigen Präsidenten den Machterhalt zu sichern. So wurden innerhalb von wenigen Jahren entlang des Nils drei Dämme gebaut, die in naher Zukunft den Großteil der nötigen Energiemenge für das gesamte Land liefern sollen. Ziel ist es, auch in die krisengeschüttelten und damit energiearmen

Nachbarländer, die DR Kongo und Südsudan, Energie zu exportieren.

Kampala wird mittlerweile 24 Stunden mit Strom versorgt, damit Kühlschränke und Fernseher der Mittelklasse funktionieren. Auf dem Land herrscht jedoch noch immer Dunkelheit. Ohne Energie aber bleiben die ländlichen Gemeinden zurück, und zwar nachhaltig. Denn das Kleingewerbe kommt in der Produktion nicht voran. Der Schneiderin, dem Schweißer oder dem Ladenbesitzer, der ohne Kühlschrank keine kalten Getränke, Milch oder Joghurt anbieten kann, fehlt es an Strom. Genau wie den Menschen, die auf ihre Telefone angewiesen sind, um mittels mobilem Geldtransfer mit dem Handy Geld zu bekommen oder die Getreidepreise in der Hauptstadt zu erfragen.

Während des Wahlkampfes im Jahr 2016 hat Museveni auch den Dorfbewohner_innen landauf landab Strom versprochen. Alternative Stromversorger sollen jetzt Abhilfe schaffen. Der „ländliche Energie-Entwicklungsplan 1+2“ aus dem Jahr 2013, der mit 216 Millionen US-Dollar insgesamt von der Weltbank finanziert wird, sieht vor, dass bis 2022 ein Viertel der Haushalte ans Netz angeschlossen werden sollen, bis 2030 sollen es die Hälfte sein. Seit 2011 sind in Uganda bereits sieben Energie-Kooperativen gegründet, alle in der Peripherie des Landes, manche sogar auf den zahlreichen Inseln im Victoriasee. Dazu wurden über 17.000 Kilometer Leitungen quer durch das Land verlegt. Laut einem internen Bericht des Energieministeriums Ugandas vom Mai hat sich der Anschluss der ländlichen Bevölkerung an das landesweite Netz von 3,3 Prozent im Jahr 2003 auf 12 Prozent im Jahr 2016 erhöht.

Die PACMECS war eine der ersten, die ans Netz ging: eine Genossenschaft in Pader, einem bettelarmen Bezirk im Norden des Landes, in welchem bis vor zehn Jahren noch Bürgerkrieg herrschte. PACMECS wurde von den Anwohner_innen 2009 ins Leben gerufen, quasi als Pilotprojekt, welches jüngst von Ugandas Energieministerium evaluiert wurde, um zu sehen, ob das Konzept auch in anderen Bezirken anwendbar ist. Die Kooperative versorgt rund 1.000 Kunden, die als Mitglieder in die Genossenschaft einzahlen. Sie wird gemanagt von einem Rat, der sämtliche technischen und finanziellen Angelegenheiten verwaltet. Angestrebtes Ziel sind 2.000 Haushalte.

Ugandas Energieministerin Irene Muloni war im Juni in Berlin zu Gast, um diese Energiegenossenschaften beim Bundesentwicklungsministerium vorzustellen. Minister Gerd Müller (CSU) setzt in seinem im Januar aufgelegten sogenannten Marshallplan mit Afrika auf bürgernahe und nachhaltige Energieversorgung. „In Deutschland ist bürgerschaftliches Engagement Teil der Erfolgsgeschichte unserer Energiewende“, heißt es im Programm der Veranstaltung in Berlin, zu der Ugandas Energieministerin eingeladen war. Ob dieser Ansatz für Afrika zutrifft, bleibt fraglich.



Foto: flöschchen / flickr, CC BY 2.0

Ort von Aufständen, die durch permanente Stromausfälle angeheizt wurden: Ugandas Hauptstadt Kampala

Das Problem, etwa bei PACMECS, so eine Evaluierung durch das Finanz- und Planungsministerium im Mai: „Die Produktions- und Unterhaltungskosten sind doppelt so hoch wie anfangs kalkuliert.“ Denn es fehle an technischem Know-how, die Anlagen zu warten oder zu reparieren. Allein die Anschlussgebühren sind bei den Genossenschaften vier Mal so hoch wie beim landesweit größten Stromverteiler, UMEME. Kundenservice, Notfall-Service, wenn bei Sturm und Hochwasser die Leitung herabstürzt, oder Reparaturdienste gibt es gar nicht oder nur teuer und sie kommen mit Verspätung.

Bereits in der Wasserversorgung hat sich der bürgernahe Ansatz in Uganda nicht bewährt. Seitdem westliche Nichtregierungsorganisationen in ländlichen Regionen Brunnen bohren und örtliche Leitungen verlegen, ist der Wasser- und Abwassersektor zu einem unübersichtlichen Flickenteppich verkommen, in welchem das eine Rohr nicht in das andere passt, weil alle unterschiedliche Standards und Hersteller beauftragt haben. Das macht die Wartung extrem aufwendig. Dasselbe Problem könnte sich auch im Stromsektor einstellen.

Simone Schindwein



Die Autorin ist Afrika-Korrespondentin der taz. Sie arbeitet in der Region der Großen Seen und bereist von Uganda aus regelmäßig den Kongo, Ruanda, Burundi und die Zentralafrikanische Republik.



Eine Stimme für die 90 Prozent

Der weit überwiegende Teil der afrikanischen Wirtschaft spielt sich im informellen Sektor ab. Hier gibt es keine Verträge und keine Absicherung. Wie kommen die Gewerkschaften an Menschen heran, die unter diesen Bedingungen arbeiten? Ein ghanaisches Experiment.

Sie verkaufen Gemüse auf dem Markt, arbeiten auf dem Feld oder als fliegende Händler_innen. „Informelle Arbeitskräfte sind überall“, erklärt Deborah Freeman. Wenn eine es weiß, dann sie. Die Musikerin arbeitet nicht nur selbst im informellen Sektor, sie ist auch Generalsekretärin der Union of Informal Workers Association (UNIWA), der noch jungen Gewerkschaft informell Arbeitender in Ghana. Und als solche verbringt Freeman einen Großteil ihrer Zeit damit, ihre Kolleg_innen dazu zu bringen, sich zu organisieren.

„Überall“ lässt sich zumindest in ungefähren Zahlen festlegen: Wer in Ghana ohne Absicherungen und Verträge arbeitet, gehört zur großen Mehrheit. Geschätzt stellen die informellen Arbeitenden 88 bis 90 Prozent der Erwerbstätigen in dem westafrikanischen Land, das rund 27 Millionen Einwohner_innen zählt.

Beschäftigungen nachgehen – und die sich Mitgliedsbeiträge oder zeitliches Engagement kaum leisten können?

Das Beispiel UNIWA zeigt, wie es laufen kann – und welche Hindernisse es gibt. 2013 schlossen sich neun Sparten-Organisationen für informell Arbeitende mit der Hilfe des Ghana Trades Union Congress zusammen. 2014 ließ sich der fusionierte Verband registrieren, 2015 fand der Gründungskongress von UNIWA statt. Mittlerweile habe dieser Gewerkschaftsverband 19 Mitgliedsorganisationen aus dem informellen Sektor, sagt Generalsekretärin Deborah Freeman. Darunter finden sich etwa Tomatenhändler_innen, eine Organisation von Arbeitenden mit körperlichen Behinderungen und mehrere Zusammenschlüsse von Marktverkäufer_innen. Insgesamt hätten diese Verbände bisher rund 151.000 Mitglieder, sagt Freeman.

Verglichen mit der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt klingt das nach denkbar wenig. Es handle sich noch nicht um eine „organisierte, systematische Interessenvertretung“, sagt Fritz Kopsieker, Direktor des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ghana. Aber ein Anfang sei gemacht.



Foto: Yenkassa/flickr, CC BY 2.0

Geschützte Arbeitsverhältnisse sind in Ghana selten – Ob als Verkäuferin im Textilgeschäft ...

Nicht nur in Ghana ist der Sektor riesig: Die afrikanische Entwicklungsbank geht davon aus, dass insgesamt 80 Prozent der Arbeitskräfte in Subsahara-Afrika in diesem legalen Bereich der Schattenwirtschaft arbeiten, die meisten sind Frauen und junge Menschen. Das stellt Gewerkschaften vor Probleme: Wie kommt man ran an Menschen, die in einer Grauzone arbeiten? Deren Arbeitsbeziehungen weitestgehend nicht von Behörden erfasst sind, die äußerst diversen

Die FES hat dabei geholfen, UNIWA aus der Taufe zu heben, und unterstützt sie zunächst. „Fördern“ will Kopsieker nicht sagen: „Wir fördern nicht institutionell, wir zahlen keine Büromieten“, sagt er. „Wir wollen keine Abhängigkeiten schaffen.“ Aber die FES habe etwa die Saalmiete für den Gründungskongress 2015 übernommen und den Druck der Informationsbroschüren sowie deren Übersetzung in die verbreitetste Lokalsprache. Eine große Herausforderung ist nach



... oder als Seifenverkäuferin auf der Straße

Kopsiekers Erfahrung, dass es in Ghana außer bei den Kirchen „keine große Kultur der Mitgliedschaft“ gibt. Hinzu kommen die Lebensbedingungen: Rund 25 Prozent der Bevölkerung leben in extremer Armut, unterhalb der von der Weltbank 2015 festgelegten Armutsgrenze von umgerechnet 1,90 US-Dollar pro Tag. Informelle Arbeitende gehören sehr oft dazu. Deswegen fällt es ihnen schwer, den Mitgliedsbeitrag für eine der UNIWA-Mitgliedsgewerkschaften aufzubringen. Die Gebühren bei MUSIGA, dem Zusammenschluss der ghanaischen Musiker_innen, betragen zum Beispiel 10 ghanaische Cedi pro Monat, umgerechnet etwa 2,25 US-Dollar.

„Es geht immer um Geld“, sagt Freeman. Der Großteil der Menschen, die die Gewerkschaften ansprechen wollen, brauche schon Unterstützung, um sich allein die Reise zu Veranstaltungen leisten zu können. UNIWA übernehme deshalb bei Treffen das Fahrtgeld, sagt sie. Das helfe bereits, eine größere Anzahl an Menschen zusammen zu bringen. „Aber wir geben ihnen kein Geld, wenn wir an ihren Geschäftsstandorten an sie herantreten.“

Freeman und ihre Mitstreiter_innen stehen deshalb unter dem Druck, schnell zu zeigen, was so eine Gewerkschaft überhaupt leisten kann. Ihr erster Erfolg: UNIWA hat eine Art Rentensystem ausgehandelt, für das sich die Mitglieder registrieren lassen und so für ihr Alter vorsorgen können. Außerdem spreche die Gewerkschaft mit dem Zentrum für Mikrofinanzierung und Kleindarlehen der ghanaischen Regierung darüber, Gruppenkredite für die Mitglieder möglich zu machen. „Es ist ein laufender Prozess“, sagt Freeman.

Eva Oer

Die Autorin ist Journalistin und lebt in Berlin.



„Dialog auf Augenhöhe“

Süd-Süd-Kooperation ist eine Alternative zur klassischen Entwicklungshilfe, bei der die Organisationen im Norden zumeist das Sagen haben. Rosiver Pavan – beim brasilianischen Gewerkschaftsverband CUT zuständig für internationale Projekte – über Erfahrungen und Herausforderungen bei der Kooperation mit Gewerkschaften in Mosambik und die entscheidenden Elemente, um kulturelle Unterschiede zu überwinden und nachhaltige Gewerkschaftsarbeit voranzutreiben:

Nord|Süd news: Wie entstand die Idee, eine gewerkschaftliche Zusammenarbeit mit Afrika aufzubauen?

Rosiver Pavan: In mehreren Ländern Afrikas wird portugiesisch gesprochen. Aufgrund einer parallelen Kolonialgeschichte gibt es auch viele kulturelle Ähnlichkeiten. Zudem stammen viele der Sklaven, die einst nach Brasilien verschleppt wurden, aus den damals von Portugal dominierten Regionen. Es ist also nicht nur eine Verbundenheit, sondern auch eine Art historische Schuld, die uns miteinander verbindet.

Welche Rolle spielt dabei die Gewerkschaft?

Für die CUT (Central Única dos Trabalhadores) ist internationale Zusammenarbeit schon immer wichtig. Wir erinnern uns sehr gut daran, dass die CUT in ihrer Gründungsphase Anfang der 80er-Jahre tatkräftige und finanzielle Hilfe von außen bekam, insbesondere aus Europa und den USA. Ohne diese Unterstützung wäre der Dachverband, der heute der einflussreichste in Brasilien ist, längst nicht so schnell gewachsen. Zwei Regionen haben bei der heutigen Kooperation Priorität: Die lateinamerikanischen Nachbarstaaten und eben Afrika. Den Anfang machte dort die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften auf den Kapverden, dann kam Mosambik hinzu, später São Tomé und Príncipe, Guinea-Bissau und Angola.

Wie sieht die Kooperation mit den Gewerkschaftern in Mosambik aus?

Unser wichtigstes Projekt ist die Organisation der Menschen, die im informellen Sektor arbeiten. Vor drei Jahren haben die CUT und der lokale Gewerkschaftsverband OTM (Organização dos

Trabalhadores Moçambicanos) dieses Projekt ins Leben gerufen. Zuerst haben wir Kontakt zu Verkäufer_innen und Lieferant_innen auf Märkten aufgenommen, später kamen andere Sektoren hinzu. Es ist eine recht komplizierte Arbeit, denn in vielen Bereichen gibt es keine formalen, sozialversicherten Jobs und die Arbeitenden genießen keinerlei Arbeitsschutz.

Wie schnell ließ sich etwas ändern?

Aus Gewerkschaftssicht ist ein solches Projekt besonders dringend, da die Mehrheit der Mosambikaner_innen im informellen Sektor tätig sind. Schon bald gab es erste Erfolge: Die inzwischen gewerkschaftlich organisierten Arbeitenden bekamen Zugang zur staatlichen Sozialversicherung, sind gesundheitlich versorgt und zahlen ins Rentensystem ein. Erstmals erwarben sie das Recht, ein Bankkonto zu eröffnen, wodurch sie besser vor den ständigen Überfällen geschützt waren. Auch die Arbeitsbedingungen auf den Märkten wurden langsam verbessert. Im Verlauf des Projekts wurde zudem eine neue Führung der Gewerkschaft gewählt und die Beteiligung der Basis verbessert. Heute hat die OTM in allen Provinzen Büros eingerichtet und wird als Teil des öffentlichen Lebens anerkannt.

Gibt es auch Bildungsarbeit?

Gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund IGB beteiligt sich die CUT seit zwei Jahren an einem Fortbildungsprogramm für Führungskräfte in Gewerkschaften. Dieses Projekt hat sich auch schon in anderen afrikanischen Ländern bewährt. Es zielt in erster Linie auf die Sektoren Industrie und Handel ab, bezieht aber auch Gewerkschafter_innen anderer Wirtschaftszweige mit ein.

Was sind die größten Herausforderungen für die mosambikanischen Gewerkschafter_innen?

Sich der eigenen Schwächen bewusst zu werden. Erst durch Weiterbildung und mehr Basisarbeit gelingt es der Gewerkschaft, ausreichend Autonomie, Eigenständigkeit zu entwickeln und mit Selbstbewusstsein dem Staat und den Unternehmer_innen gegenüber zu treten. Schwierig ist dies vor allem, weil das Land sehr groß ist und weil aufgrund des großen informellen Bereichs der Organisationsgrad sehr niedrig ist. Hinzu kommt, dass viele

Mosambikaner_innen im wahrsten Sinne des Wortes ums Überleben kämpfen; solange sie keine festen Einkommen haben, ist gewerkschaftliche Organisation oft zweitrangig.

Gibt es ein Erfolgsrezept für solch eine gewerkschaftliche Kooperation?

Ich glaube nicht an Patentrezepte oder Erfolgsmodelle. Jedes Land hat eine andere Realität und es stellen sich immer neue Aufgaben. Aber ich kann ein Paradigma für die Zusammenarbeit nennen: gegenseitige Anerkennung, in dem Sinne, dass die Kooperation niemals eine Einbahnstraße sein darf. In den Projekten der CUT haben wir immer von Anfang an gemeinsam diskutiert, voneinander gelernt und dann erst die nächsten Schritte eingeleitet. Meine Erfahrungen und kulturellen Hintergründe sind andere als die der Menschen in Mosambik, dort gibt es viel heftigere Gewaltsituationen, mit denen ein Umgang gefunden werden muss. Erst der gemeinsame Dialog schafft eine Basis, auf der zusammengearbeitet werden kann.



Foto: © CUT

Rosiver Pavan, beim brasilianischen Gewerkschaftsverband CUT zuständig für die Kooperation mit Mosambik und andere internationale Projekte

Was ist wirklich entscheidend?

Mir ist wichtig, dass nicht jemand kommt und plötzlich sagt, wo es langgehen soll. So etwas habe ich einmal auf den Kapverden erlebt. Dort ist eine Gewerkschaft von einer großen europäischen Organisation mit modernen Modulen zur Spracherlernung ausgestattet worden. Doch dann ging das Geld aus und das Projekt wurde eingestellt. Also: Niemals teure Ausrüstung anschaffen, ohne für deren langfristige Nutzung Sorge zu tragen!

Das Interview mit Rosiver Pavan führte Andreas Behn.

 Andreas Behn lebt in Rio de Janeiro und berichtet seit Jahren aus Südamerika.



In Kürze

DGB und BMZ Hand in Hand

Das Bundesentwicklungsministerium und der Deutsche Gewerkschaftsbund haben eine strategische Partnerschaft zum Schutz von Arbeitnehmerrechten in Entwicklungs- und Schwellenländern vereinbart. Dabei geht es konkret darum, globale Gewerkschaftsorganisationen bei der Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten entlang der Wertschöpfungsketten insbesondere im Textilsektor in Asien zu unterstützen. „Mit dieser Kooperation schlagen wir ein neues Kapitel in der Entwicklungspolitik auf“, sagte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Entwicklungspolitik sei eben nicht nur wirtschaftliche Unternehmensentwicklung. „Gleichzeitig müssen gewerkschaftliche Strukturen für eine handlungsfähige Sozialpartnerschaft vor Ort aufgebaut werden.“ Nur so könne man globalen Ungleichgewichten begegnen und die demokratische Mitbestimmung derer gewährleisten, denen Entwicklungsprojekte letztlich zugutekommen sollen.

Mehr Infos: www.dgb.de/presse; Pressemitteilung 066

Foto: ILO in Asia and the Pacific/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Ziel ist menschenwürdige Arbeit

Haftung für Menschenrechtsverletzungen

Im dritten Anlauf könnte man endlich einen Schritt vorankommen: Vom 23. bis zum 25. Oktober findet im UN-Menschenrechtsrat die dritte Verhandlungsrunde für ein Abkommen zur Haftung von Firmen bei Menschenrechtsverletzungen statt. Und erstmals gibt es einen Entwurf, der eine solide Grundlage für das sogenannte UN-Treaty werden könnte. Demnach soll das Abkommen rechtlich verpflichtend sein – anders als etwa der Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte, den die Bundesregierung im Dezember 2016 verabschiedet hat. Deutsche Entwicklungs-, Umwelt- und Menschenrechts-

organisationen forderten die sich formierende Bundesregierung deshalb auf, sich zu beteiligen. „Deutsche Unternehmen profitieren in ihren weltweiten Geschäften von niedrigen Umweltstandards und sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen“, kritisiert Brot für die Welt. Das Treaty könne „die globale Wirtschaftsordnung grundlegend verändern“, sagt Armin Paasch von Misereor.

Mehr Infos: www.ohchr.org/EN/HRBodies/Pages/Treaty-Bodies.aspx

Nafta-Abkommen reloaded

Das mehr als 20 Jahre alte nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta wird wieder verhandelt. Am 16. August haben die USA, Kanada und Mexiko die Gespräche aufgenommen. Ziel von US-Präsident Donald Trump auch hier: Make America great again. Tatsächlich könnte eine Überarbeitung des Vertrags jedoch auch den Beschäftigten nutzen: Eines der Ziele Washingtons ist es, Arbeitsmarkt- und Umweltauflagen, die bisher nur Teil von schwer durchsetzbaren Seitenabsprachen sind, in den Haupttext des Vertrags zu integrieren. Damit müsste die mexikanische Regierung unter anderem ein Recht auf Tarifverhandlungen anerkennen. Expert_innen zufolge könnte dies die Löhne steigen lassen und damit auch die Verlagerung von Jobs aus den USA weniger attraktiv machen.

Wieder Tote auf WM-Baustellen

Vor der Fußballweltmeisterschaft im kommenden Jahr in Russland hat die Bau- und Holzarbeiter Internationale (BHI) die Arbeitsbedingungen auf den russischen Baustellen angeprangert. Die Arbeitenden auf Stadionbaustellen in sechs russischen Städten würden über Monate hinweg nicht bezahlt, so ein Bericht der Organisation. Sie arbeiteten bei Temperaturen von bis zu minus 25 Grad Celsius ohne ausreichende Pausen zum Aufwärmen. Mindestens 17 Arbeitende seien bereits auf WM-Baustellen ums Leben gekommen. Weder das russische Organisationskomitee noch die FIFA hätten auf entsprechende Hinweise und Beschwerden reagiert. „Der Weltfußballverband kommt seiner menschenrechtlichen Verantwortung nicht nach“, sagt BHI-Generalsekretär Ambet Yuson. Die FIFA hatte das russische Unternehmen Klinsky-

Institut beauftragt, die Arbeitsbedingungen auf den Baustellen gemeinsam mit der BHI zu überwachen. Dieses fühle sich jedoch in erster Linie russischen Interessen verpflichtet. „Hier muss die FIFA einschreiten“, sagte Yuson. Auch von den Baustellen für die WM 2022 in Katar ist bereits über menschenunwürdige Bedingungen berichtet worden.

Mehr Infos: www.hrw.org/report/2017/06/14/red-card/exploitation-construction-workers-world-cup-sites-russia

Schlüsselfrage Kinderbetreuung

Prekär arbeitende Mütter weltweit kennen das Problem: Kleine Kinder zu haben, verringert ihre Chancen, Arbeit zu finden und genügend Geld zu verdienen, um sich und die Familie zu ernähren. Und Müllhalden und überfüllte öffentliche Märkte sind kein guter Platz für die Kleinen. Zugang zu öffentlicher Kinderbetreuung ist deshalb oft existenziell. In vielen Ländern fehlt allerdings die Lobby. Das globale Netzwerk informell arbeitender Frauen hat deshalb Kampagnenmaterial erarbeitet. Interessant nicht nur für direkt Betroffene, sondern auch für alle, die sich in Projekten oder auf internationaler Ebene damit beschäftigen, wie sich die Bedingungen prekär arbeitender Menschen verbessern lassen.

Mehr Infos: www.wiego.org/wiego/wiego-child-care-campaign?platform=hootsuite

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: André Edelhoff
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND
Nord|Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel: 0211/4301-329
Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.
Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und dem BMZ wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des

BMZ  Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



2016

Moderne Sklaverei. Nicht tolerierbar, nicht akzeptabel und nicht verhandelbar

Nach Zahlen der ILO leben heute global mehr als 21 Millionen Menschen in Sklaverei, sklavereiähnlichen Bedingungen und Zwangsarbeit. Das heißt, dass zu einem einzigen Zeitpunkt in der Geschichte mehr Menschen betroffen sind als insgesamt während drei Jahrhunderten transatlantischen Sklavenhandels.

In Europa – ja, auch hier – leben in absoluten Zahlen die meisten SklavInnen in der Türkei: 185.500 Menschen. Dahinter verbirgt sich eine hohe Anzahl an Kinderheiraten, Zwangsarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung. Auch in Polen ist moderne Sklaverei relativ stark verbreitet, die zum Teil auf der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte aus anderen osteuropäischen Staaten sowie aus Südostasien basiert. In Deutschland findet sie vor allem in Form von Arbeitsausbeutung und Zwangsprostitution statt. Das fordert uns Gewerkschaften heraus.



Broschüre DIN A4, 76 (78) Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern (78 S.)
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download

2014

Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!

Jeder zweite Arbeitsplatz, der heute in Deutschland entsteht, ist prekär, das heißt: sozial und arbeitsrechtlich nicht abgesichert und oft nicht existenzsichernd. Es handelt sich um befristete oder erzwungene Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Arbeit mit Werkverträgen oder auch Arbeit im informellen Sektor. Weltweit müssen bereits bis zu 30 Millionen Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten. Besonders gefährdet, in solche Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse hineinzurutschen, sind Frauen und junge Menschen, sogar Kinder.

Wie Menschen damit leben, was lokale und globale Handlungsoptionen, wer die Akteure sein können, um diesen massiven Trend zur Prekarisierung zu stoppen und umzudrehen, fasst die Broschüre „Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!“ zusammen.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download

2015/2016

Ohne Not flieht niemand! Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute

Warum verlassen Menschen ihre Heimat, wandern aus, fliehen? Und was ist der Anteil der Länder des Nordens daran? Wie organisiert man eine humanitäre Aufnahme von Geflüchteten, wie sieht eine ernstzunehmende Integration aus? Im öffentlichen Diskurs sind diese Fragen längst von neuen Abschottungsstrategien in den Hintergrund gedrängt worden. Das DGB Bildungswerk BUND will sie mit dieser Broschüre wieder in den Mittelpunkt rücken.

Unter dem Titel „Ohne Not flieht niemand. Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute“ geht es darin um die Ursachen von Flucht und Vertreibung sowie den Zusammenhang zwischen Migration und nachhaltiger Entwicklung. Asylpolitik und die Migrationsagenda der EU werden kritisch analysiert und Alternativen aufgezeigt.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download

2012/2013

Weltweiter Verteilungskampf um Ressourcen – Rohstoffe, Wasser, Energie

Unverhohlen verfolgt die Europäische Kommission mit ihrer Rohstoffinitiative von 2008 (Raw Materials Initiative) einen neoliberalen, den Interessen der Wirtschaft dienenden Kurs. Europa droht, sich damit in die Phalanx der ökonomisch aggressiven, einseitig auf Versorgungssicherheit ausgerichteten Staaten einzureihen. Damit unterscheidet es sich nur noch graduell von Staaten wie China, den Vereinigten Staaten und Kanada. Neben den Ländern agieren zunehmend auch die privaten Unternehmen in dem großen Spiel.

Mit ihren privaten wie staatlichen Rohstoffagenturen beuten sie im globalen Stil und im Einklang mit den nationalen Macht- und Geldeliten deren nationale Ressourcen zu Ungunsten der lokalen Bevölkerung aus.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

- Online-Flipbook zum Durchblättern
- Bestellung der Printausgabe
- PDF-Download